

Vielfalt wertschätzen – LSBTI*-Feindlichkeit entschlossen entgegentreten

08.04.2020

Sehr geehrte*r Damen und Herren,

die Corona-Krise ist mit massiven Einschränkungen für uns alle verbunden. Gleichwohl trifft sie Menschen je nach Lebenslage unterschiedlich. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) trifft sie jedoch besonders schwer. Beratungsangebote, Gruppen zum Austausch und zur gegenseitigen Stärkung im Umgang mit LSBTI*-Feindlichkeit finden momentan nicht statt. Auch junge LSBTI* belasten die Ausgangsbeschränkungen sehr, vor allem wenn sie ungeoutet sind oder sie nicht von ihrer Familie akzeptiert werden. Für LSBTI*-Geflüchtete steigt die Gefahr, Opfer von Anfeindungen und Gewalt in und außerhalb von Unterkünften zu werden. Deshalb müssen das Hilfe- und Beratungssystem auch und besonders in Krisenzeiten für diese Gruppen verfügbar, sensibilisiert und ansprechbar sein.

Der zukünftige Hamburger Senat muss sich besonders jetzt dafür einsetzen, dass LSBTI* in allen Politikbereichen mitgedacht und berücksichtigt werden. Die Hamburger Landesregierung sollte nicht nur für die Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen und Identitäten eintreten, sondern auch Homosexuellen- sowie Transfeindlichkeit wirksam bekämpfen und menschenfeindlichen Ideologien entgegentreten.

Aktionsplan für „Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ fortschreiben und ausfinanzieren

Im Januar 2017 wurde der Aktionsplan vom Hamburger Senat vorgestellt. Viele gute und zielführende Maßnahmen haben die Vereine und Verbände zusammen mit der Landesregierung erarbeitet. Der Aktionsplan konnte seit seiner Vorstellung jedoch nicht seine volle Wirksamkeit entfalten. Es fehlt an einer auskömmlichen Finanzierung, der Einrichtung zusätzlicher Stellen und vor allem an einer verbindlichen Terminierung zur Umsetzung der Maßnahmen. In der neuen Legislaturperiode kommt es darauf an, den Aktionsplan zu evaluieren, ihn fortzuschreiben und auch finanziell im Haushalt zu untersetzen. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI*-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.

Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In diese Phase fällt für LSBTI* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI*. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI* ausgerichtet. Es ist daher wichtig, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Hamburger Altenhilfe und –pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen müssen. Darüber hinaus sollte das Land Hamburg gemeinsam mit den Bezirken dafür sorgen, dass Modellprojekte, die neue Wohnformen im Alter bzw. zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTI* in Hamburg etablieren wollen, unterstützt und angestoßen werden. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, Mittel für eine Koordinierungs- und Vernetzungsstelle bereitzustellen, um zwischen den Bedürfnissen von älteren LSBTI*-Personen, den bestehenden Angeboten der Community und den Angeboten des Regelsystems zu vermitteln. Zudem müssen die Regenstrukturen sensibilisiert werden.

Zur Unterstützung jüngerer LSBTI* sollten die Regelstrukturen der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe sowie die Freizeiteinrichtungen in Verantwortung des Landes Hamburg zum Themenfeld „Coming-out“ professionalisiert und zielgruppenspezifische Angebote geschaffen werden.

Lesbische Sichtbarkeit fördern – finanzierte Strukturen ausbauen

Lesben werden oft mitgemeint, wenn von „Frauen“, LSBTI* oder Homosexuellen gesprochen wird. Dabei werden die Bedürfnisse und Belange von lesbischen Frauen* in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit aber auch in der Community wenig bis gar nicht thematisiert. Lesben werden sowohl mit ihren Potentialen als auch mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen häufig ignoriert oder nur unzureichend wahrgenommen. Die Projekte der LAG L+S in Hamburg können begrenzt auf Projektmittel bzw. entsprechende hauptamtliche Stellen zurückgreifen. Die Zielgruppe Lesben in Hamburg zu fördern bedarf aber eines Ausbaus der hauptamtlichen Projektstruktur, die eine Ehrenamtlichkeit für die Zielgruppe aufbauen und verselbständigen kann. Daher sollte das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ bei der Fortentwicklung des Aktionsplans als Handlungsfeld mit aufgenommen werden und die Umsetzung mit einer zusätzlichen finanzierten Stelle, die zielgruppenspezifische Angebote implementieren kann, geschaffen werden.

Queere Geflüchtete schützen - LSBTI*-inklusive Integration sicherstellen

In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI* Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI* in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für sie faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Dieses geschieht im Projekt Mah-Diwan beim mhc und gilt insbesondere für lesbische Geflüchtete, die zu einer mehrfach marginalisierten Gruppe innerhalb der LSBTI*-Geflüchtetengruppe gehören. Das Hamburger Projekt Refugee Sisters ist ein Modellprojekt für ganz Deutschland. Die Begleitung und Betreuung von lesbischen Geflüchteten stellt ein Höchstmaß an Anforderungen an die Projektleiterin, welche alleine und mit einer halben Stelle kaum zu bewältigen sind. dessen Notwendigkeit außer Frage steht. Die Arbeit wird zusätzlich durch die häufig bestehende Überlebensstrategie des sich Unsichtbarmachens erschwert.

Auch unter den in Hamburg lebenden Migrant*innen gibt es LSBTI*. Sie erfahren häufig auch rassistische Diskriminierung, nicht selten auch in der LSBTI*-Community. Zu ihrer Unterstützung sollte die Arbeit der Koordinierungsstelle für LSBTI* Migrations- und Fluchtarbeit über das Jahr 2020 hinaus verstetigt werden. Die fortlaufende Schulung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Gemeinschaftsunterkünften kann ebenfalls durch die Stelle begleitet werden. Das Land Hamburg kann auch dafür sorgen, dass die Lebenswirklichkeiten von LSBTI* ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien von Sprach- und Integrationskursen in Verantwortung des Landes Hamburg aufgenommen werden.

Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI* fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberreten. Menschen im Gesundheitsbereich befürchten oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Menschen im Gesundheitsbereich befürchten oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die

gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit stärker zu berücksichtigen.

HIV / STI Prävention ausbauen

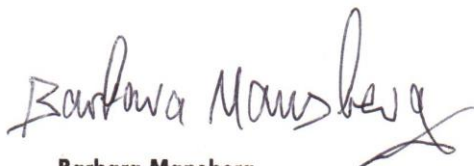
Eine gelungene HIV-Prävention und die Prävention vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) hängen auch von diskriminierungsfreien Lebensumständen dieser vulnerablen Gruppe ab. LSBTI* im besonderen Schwule, Bisexuelle und Männer, die Sex mit Männern haben, bilden mit über 70% der HIV-Neuinfektion noch immer die Hauptrisikogruppe ab. Die niedrigschwellige HIV/STI- Beratungs- und Testangebote haben einen großen Anteil am Erfolg der Präventionsarbeit. Denn wenn HIV/STI-Infektionen entdeckt gut behandelt werden, können sie auch nicht weiter verbreitet werden und Infektionsketten werden somit gestoppt. Die Herausforderung hierbei liegt in der Erreichbarkeit der Hauptzielgruppe. Deshalb ist es wichtig die niedrigschwelligen HIV/STI- Präventionsmaßnahmen inklusive Testungen auch weiterhin sicherzustellen und auszubauen.

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen müssen auch in Hamburg als gleichwertiger Teil der Gesellschaft wahrgenommen und akzeptiert werden. Die zukünftige Landesregierung sollte alles daran setzen, es allen Menschen zu garantieren, jederzeit an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden sein zu können – das gilt auch für LSBTI*. Dieses Ziel muss in Hamburg verwirklicht werden. Die Weiterentwicklung und Ausfinanzierung des Aktionsplans „Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“, die Stärkung der Beratungsarbeit von LSBTI* Vereinen und die Förderung der Regenbogenkompetenz in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Altenarbeit sind dabei wichtige Schwerpunkte, die jetzt angegangen werden müssen.

Daher möchten wir Sie und Ihre Partei eindringlich bitten, das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ in allen Politikbereichen mitzudenken und zu berücksichtigen.

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Hamburg, Intervention, Hein & Fiete und das Magnus-Hirschfeld-Centrum (mhc), stehen Ihnen mit ihrer Expertise als Teil der LAG L+S gerne zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Mansberg
im Auftrag der LAG L+S
Landesvorstand des LSVD Hamburg



Wolfgang Preussner
im Auftrag der LAG L+S
Landesvorstand des LSVD Hamburg